

**Seite 1**

- ▶ Kolumne
- ▶ Berufsanerkennung

Seite 2

- ▶ Online-Glückspiel
- ▶ EU-Gipfel

Seite 3

- ▶ Konzerninternen Entsendung

Seite 4

- ▶ Neues aus Europa
- ▶ Termine
- ▶ Impressum

Liebe Freunde, Liebe Genossen,
liebe Genossinnen,

zahlreiche Menschen wurden in den letzten zehn Jahren von Neonazis ermordet und niemand konnte oder wollte den Zusammenhang sehen. Von „Döner Morden“ war die Rede und die SoKo „Bosporus“ ermittelte. Allein dieser Sprachgebrauch verdeutlicht mit wie vielen Vorurteilen und Ressentiments in unserer Gesellschaft zu rechnen ist. Das Misstrauen und die Ablehnung sitzen tief.

Nun wissen wir, die Morde wurden von rechtsextremen Terroristen begangen, doch der große Aufschrei bleibt aus. Laut Tagesspiegel wurden 138 Menschen in den letzten 20 Jahren von Rechtsextremen ermordet, offizielle Zahlen sprechen von 48 Opfern. Selbst diese Zahl ist empörend hoch und hätte zu einer viel stärkeren Überwachung der Neonazi-Szene führen müssen. Aber nichts geschah. Stattdessen wurden Gelder für Projekte gegen Rechtsextremismus gestrichen und die Aktiven mit bürokratischen Hürden behindert.

Wir, unser Staat, unsere Gesellschaft, wir alle müssen endlich konsequent gegen die Feinde der Demokratie aufbegehren. Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa. Terror in Norwegen, marschierende Faschisten in Ungarn, brennende Roma-Lager in Italien sind Warnung genug.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre



Deutsch-Französische Einheit auf dem Bundesparteitag in Berlin: Evelyne Gebhardt mit dem Spitzenkandidaten der französischen Sozialisten für die Präsidentschaftswahlen 2012, Francois Holland und Elvira Drobinski-Weiß.

Höchste Zeit für europäischen Berufsausweis Initiativbericht zur Berufsqualifikation mehrheitlich angenommen

„Ein schnelleres Verfahren, einfachere Rechtsvorschriften und der Abbau bürokratischer Schranken sind für die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen in der Europäischen Union wichtig, um es den Menschen zu erleichtern, im EU-Ausland arbeiten zu können“, so die SPD-Europaabgeordnete und Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament, Evelyne Gebhardt nach der Plenarabstimmung zum mehrheit-

lich angenommenen Initiativbericht zur Berufsanerkennung in Straßburg und fügt hinzu: „Es fehlt uns aber in dem Bericht an einer dezidierten Zustimmung für einen europäischen Berufsausweis.“

„Obwohl wir bereits 2009 im Europaparlament die Einführung von Berufsausweisen gefordert hatten, war mit der erzkonservativen und europaskeptischen Berichterstatterin dieses Mal leider nicht mehr

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

zu erreichen“, stellte Evelyne Gebhardt fest.

Die Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen des EU-Parlaments setzen nun auf den Legislativvorschlag zur Überarbeitung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, den die EU-Kommission noch dieses Jahr vorlegen will. „Wir erhoffen uns dadurch nicht nur, dass die Einführung des Berufsausweises überprüft wird, sondern auch ein konsequentes Handeln auf europäischer Ebene“, ergänzte die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

Der europäische Berufsausweis trägt zur optimalen Nutzung des europäischen Fachkräftepotentials und zur Verbesserung der Freizügigkeit in Europa bei. „Berufliche Mobilität ist ein zentrales Element des europäischen Binnenmarkts. Jeder Bürger und jede Bürgerin muss die Möglichkeit haben, sein individuelles Recht auf Arbeit überall in der Europäischen Union ausüben zu können“, führte Evelyne Gebhardt abschließend aus.

Hintergrund:

Mit der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gilt in der EU bereits die automatische Berufsanerkennung auf Grundlage harmonisierter Mindestausbildungsanforderungen im Bereich Gesundheit, sowie eine gegenseitige Anerkennung in den Bereichen Handwerk, Architektur, Industrie und Handel. Im Juni 2011 veröffentlichte die EU-Kommission ein Grünbuch.

Bekämpfung der Spielsucht hat Priorität Europäisches Parlament fordert EU-Kommission zum Handeln auf

„Die Bekämpfung der mit Glücksspielen verbundenen Gefahren muss zusammenhängend und systematisch verfolgt werden“, fordert Evelyne Gebhardt. Dazu hat das Europäische Parlament in Straßburg einer entsprechenden Entschließung mit großer Mehrheit zugestimmt.

„Das Online-Glücksspiel kennt keine Grenzen, deshalb muss ein hohes Verbraucherschutzniveau gewährleistet werden. Bürger und Bürgerinnen müssen gerade hier europaweit besser vor der Suchtgefahr und kriminellen Aktivitäten geschützt werden. Nicht die Liberalisierung des Glücksspielmärktes, sondern starke Schutzmaßnahmen und effektive Regeln, sind das, was die Bürger und Bürgerinnen brauchen. Nun ist die EU-Kommission am Zug“, forderte die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt.

Die EU-Kommission wird in der nun angenommenen Entschließung dazu aufgefordert, einen gesetzlichen Rahmen für Online-Glücksspiele zu prüfen. Der europäische Glücksspielsektor ist von sehr unterschiedlichen Kulturen und Traditionen geprägt. Die jeweiligen Regelungen in den einzelnen Mitgliedstaaten weichen stark voneinander ab. „Das Prinzip der Subsidiarität ist daher äußerst wichtig“, betonte Evelyne Gebhardt abschließend.

Hintergrund:

Am 24. März 2011 veröffentlichte die Kommission das Grünbuch

„Online-Gewinnspiele im Internet“. Die rasante Entwicklung von nicht genehmigten Angeboten von Online-Glücksspiel zeigt wie unabdingbar es ist, Schutzmaßnahmen für die Bürger und Bürgerinnen in der EU zu schaffen.

So werden Merkozy die Krise nicht beenden Sozialdemokraten fordern neue Kriseninstrumente und eine Gemeinschaftslösung als Befreiungsschlag

„Merkel und Sarkozy verkaufen die Schuldenbremse als Neuerung. Das Sparregime ist jedoch bereits im kürzlich beschlossenen Stabilitätspakt fest geschrieben, ohne dass dies die Spekulation gegen den Euro bisher verhindert hätte. Merkels Forderung nach Vertragsänderung und Klage vor dem EuGH ist eine innenpolitische Beruhigungsspielle für FDP und CSU. Die Finanzmärkte wird es wenig beeindruckt“, sagte der wirtschaftspolitische Sprecher der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament Dr. Udo Bullmann. Nach Auffassung des Sozialdemokraten reichen Sparzwänge alleine nicht aus, um Krisenländern auf die Beine zu helfen und die Schuldenkrise einzudämmen: „Wir brauchen dringend eine ehrgeizige Strategie, um eine drohende Rezession abzuwenden und die Eurozone effektiv zu verteidigen.“

Nach Auffassung des Sozialdemokraten blockiert die schwarzgelbe Koalition eine schnelle Krisenlösung und muss ihre Verweigerungshaltung zur Einführung



neuer Kriseninstrumente aufgeben. Der Einstieg in eine europäische Schuldenverwaltung sei unausweichlich: „Euro-Bonds sind keine Glaubensfrage, sondern ein Finanzinstrument, das klug ausgestaltet, niemanden zum Zahlmeister degradieren muss. Ein Ausgleichsmechanismus könnte dafür sorgen, dass Länder mit schlechter Bonität Deutschland eine eventuell eintretende Zinssteigerung erstatten“, sagte Udo Bullmann. Die Europäische Zentralbank müsse bis zu ihrer Einführung weiter durch Anleihenkäufe stabilisierend eingreifen. Die angeschlagenen Euro-Länder bräuchten dringend einen Marshallplan als Wachstumsinitiative. Darüber hinaus fordert der SPD-Finanzexperte, dass der neue Rettungsschirm ESM nicht nur früher eingesetzt, sondern seine Schlagkraft substantiell erhöht werde.

Der deutsch-französische Vorschlag, monatlicher Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone, reiche nach Auffassung Udo Bullmanns nicht aus, um die Wirtschafts- und Haushaltspolitik stärker zu koordinieren: „Egal wie oft sie tagen, Euro-Gipfel können eine demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung nicht ersetzen. Die EU-Institutionen, allen voran das Europäische Parlament als Co-Gesetzgeber, müssen eine Fiskalunion mitgestalten, um die Zustimmung der Bevölkerung sicherzustellen“, sagte Udo Bullmann.

„Die Ratingagenturen haben abschließend den Krieg gegen die Eurozone ausgerufen. Das ist der letzte Beleg dafür, dass der gesamte Sektor neu reguliert wer-

den muss. Die Androhung, Deutschlands Bonität zu senken, ist jedoch auch die Quittung für Merkmals ratlosen Irrweg im Krisenmanagement. Wer sich ständig die Hintertür offen hält und Rauswurfsszenarien einzelner Euro-Länder thematisiert, erweckt nicht den Eindruck, ein glühender Verfechter der europäischen Idee zu sein“, so Udo Bullmann abschließend.

Ein großer Schritt für Gleichbehandlung von hochqualifizierten Migranten! Beschäftigungsausschuss stimmte über Richtlinie zur konzerninternen Entsendung ab

Konzernintern entsandte Beschäftigte aus Drittstaaten sollen künftig in der EU zu denselben Bedingungen und gleichen Löhnen arbeiten können wie einheimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der mitberatende Beschäftigungsausschuss im Europäischen Parlament hat in Brüssel einen entsprechenden Berichtsentwurf über die Richtlinie zur konzerninternen Entsendung von Drittstaatsangehörigen angenommen.

„Die europäischen Sozialdemokraten haben das Prinzip des gleichen Lohns und der gleichen Arbeitsbedingungen am gleichen Ort durchgesetzt. Konzernintern entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Drittstaaten müssen genauso behandelt werden, wie die Kollegen im Aufnahmeort. In ihrem ursprünglichen Vorschlag hatte das die

Kommission nicht vorgesehen. Das haben wir nicht durchgehen lassen. Denn wir müssen Lohn- und Sozialdumping endlich einen Riegel vorschieben!“, so die Sozial- und Beschäftigungsexpertin Jutta Steinruck.

Der Beschäftigungsausschuss hat sich auch mit großer Mehrheit für eine Verschärfung der Definitionen des betroffenen Personenkreises – Manager, Fachkräfte und Trainees – ausgesprochen. „Nur mit klaren Definitionen können wir sicherstellen, dass die Richtlinie nur auf hochqualifizierte Drittstaatsangehörige anwendbar ist und der indische Maler nicht plötzlich zum Facharbeiter wird. Besonders bei den Bestimmungen für Trainees haben wir zusätzliche Sicherheiten verlangt, um zu verhindern, dass aus ihnen unbezahlte Praktikanten werden“, so Birgit Sippel. Diese Forderungen müssen nun noch bei der Abstimmung im federführenden Innenausschuss bestätigt werden, die für Anfang nächsten Jahres vorgesehen ist.

„Gerade im Hinblick auf den demographischen Wandel und auf den Fachkräftemangel in Europa ist es wichtiger denn je, Wege für legale und qualifizierte Beschäftigung zu schaffen, um so auch die europäische Wirtschaft anzukurbeln“, betonte Birgit Sippel abschließend.





Neues aus Europa

Aktivisten des Arabischen Frühlings erhalten Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2011

Stellvertretend für die Demonstranten in Nordafrika und im Nahen Osten verleiht das EU-Parlament fünf Aktivisten aus der Arabischen Welt den Sacharow-Menschenrechtspreis 2011.

Die offizielle Verleihung des Preises wird während der Plenarsitzung des EU-Parlaments in der nächsten Woche in Straßburg stattfinden. Der Termin erinnert an die Verabschiedung der UN Menschenrechtsklärung am 10. Dezember 1948.

Der Preis wurde nach dem sowjetischen Wissenschaftler und Menschenrechtsaktivisten Andrei Sacharow benannt.

Stellvertretend für alle Aktivisten in Arabien und Nordafrika werden Asmaa Mahfouz (Ägypten), Ahmed al-Zubair Ahmed al-Sanusi (Libyen), Razan Zaitouneh (Syrien), Ali Farzat (Syrien) und Mohamed Bouazizi (Tunesien) ausgezeichnet. Weitere Informationen zu den Preisträgern, den weiteren Kandidaten und den Hintergründen des Preises finden sie unter:
<http://www.europarl.europa.eu/news/de/headlines/>

Jugendkarlspreis: Das europäische Bewusstsein fördern

Der Wettbewerb für den Europäischen Jugendkarlspreis

2012 ist eröffnet. Mit diesem Preis werden junge Menschen zwischen 16 und 30 Jahren ausgezeichnet, die mit Projekten die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins für die europäische Identität fördern und praktische Beispiele für das Zusammenleben der Europäer als Gemeinschaft liefern.

Der Einsendeschluss für Projektvorschläge ist der 23. Januar 2012. Der „Europäische Karlspreis für die Jugend“ wird jedes Jahr gemeinsam vom Europäischen Parlament und der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen verliehen. Die drei Gewinnerprojekte werden mit 5.000, 3.000 beziehungsweise 2.000 Euro prämiert.

Terminhinweise

14. Dezember 2011, 13.00 Uhr
Was? Besuchergruppe der Sibilla-Egen-Schule aus Schwäbisch Hall
Wo? Straßburg

15. Dezember 2011,
Was? Besuch des Europäischen Parlaments durch die Preisträger des Europäischen Schülerwettbewerbs aus Hohenlohe
Wo? Straßburg

16. Dezember 2011, 10.30 Uhr
Was? Besuch der Polizeischule und des Deutsch-Französischen Sprachenzentrums
Wo? Lahr

19. Dezember 2011, 13.00 Uhr
Was? Gespräch mit Mitarbeitern der Diakonie-BaWü. Abteilung Integration
Wo? Tübingen

19. Dezember 2011, 15.00 Uhr
Was? Gespräch mit "Senioren für den Frieden" zum Thema „Friedensmacht Europa?“
Wo? Begegnungsstätte für Ältere HIRSCH. Hirschgasse 9, Tübingen

13. Januar 2011, 19.30 Uhr
Was? Neujahrsempfang des Ortsvereins Aidlingen
Wo? Rittersaal Schloss Deufringen

17. Januar 2011, 10.30 Uhr
Was? Besuchergruppe Ludwig-Erhard-Schule Pforzheim
Wo? Straßburg

19. Januar 2011, 11.00 Uhr
Was? Besuchergruppe Ganerben gymnasium Künzelsau
Wo? Straßburg

21. Januar 2012, 14.30 Uhr
Was? Verleihung des Integrationspreises der Diaphania e.V.

Impressum

Redaktion: Evelyne Gebhardt und Moritz Kemppl

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe erscheint am 12. Januar 2012

Meine Mitarbeiter/innen und ich wünschen Ihnen allen ein fröhliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.